

„Wir stellen gemeinsam mit den KVen die Versorgung in unterversorgten Regionen sicher. Wir heben die Budgetierung der ärztlichen Honorare im hausärztlichen Bereich auf.“

Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Seite 85

Hamburger Hausärzt*innen fordern eine Entbudgetierung ihrer Leistungen

Die Mitglieder des Hamburger Hausärzterverbandes fordern auf der Mitgliederversammlung am 26.8.2023 einstimmig in einer Resolution, dass die Regierung die im Koalitionsvertrag zugesagte Entbudgetierung der hausärztlichen Leistung noch in diesem Jahr auf den Weg bringen soll.

Für eine weitere zeitliche Verzögerung gibt es keine Gründe, zumal es mit dem Prozedere in der Pädiatrie eine organisatorische Blaupause gibt.

Die Entbudgetierung wäre eine nachhaltige Stärkung der Primärversorgung, deren Ausbau immer wichtiger wird.

Der schon in der Pädiatrie gute und umsetzbare Weg stärkt grundsätzlich alle Praxen, insbesondere würden aber Regionen profitieren, in denen die hausärztlichen Honorare besonders stark gekürzt werden, wie etwa in Hamburg, wo Hausärzt*innen zuletzt auf eine Auszahlungsquote ihrer Leistungen von 75 Prozent gekommen sind.

Wie bei den Pädiater*innen laufe die Morbiditätsbedingte Gesamtvergütung (MGV) zunächst weiter und wird dann aufgestockt, wenn der hausärztliche Bereich mit der MGV nicht mehr auskommt.

Hausärzt*innen spielen bei der Versorgung der Bevölkerung eine zentrale Rolle. Sie leisten damit einen enormen Beitrag zur Gesundheitsversorgung und bieten eine sprechende und patientenzugewandte Medizin. Aber gerade diese verbundene Zeit und Zuwendung ist in der aktuellen Vergütungssystematik unterfinanziert und muss dringend besser honoriert werden.